



## Mehr Staatsferne braucht's!

Hintergrund ☉ Antifaschistische Initiativen in Brandenburg sind oft zahnlos und darum ohne ausreichende Wirkung

**In Brandenburg wird inzwischen erkannt, dass es ein Problem mit Rechtsextremismus gibt. Das ist erfreulich. Doch die Gegeninitiativen sind zahnlos: Leblos, zu staatstragend, auf sich selbst fixiert, künstlich und von Oben aufgesetzt. Demokratieentwicklung, die so bitter nötig wäre, sieht anders aus. Einige Anmerkungen.**

Was man tun sollte, wenn die NPD eine Schülerzeitung herausgibt, wurde kürzlich ein Mitarbeiter des apabiz am Rande einer antifaschistischen Veranstaltung irgendwo in Brandenburg gefragt. Dagegenhalten! Selbst eine Schülerzeitung machen, die eine klar antifaschistische Position bezieht! Der Frager, ein Aktiver der Grünen Jugend, winkte gleich ab: »Nein, das geht nicht. So etwas tun wir nicht. Wir sind der Meinung, dass Politik nicht an die Schule gehört.«

Natürlich gehört Politik an die Schule! Ideen kennen lernen und darüber streiten; Auseinandersetzungen führen; reflektieren; kritisch denken. So etwas gehört zum kleinen ABC einer Demokratie, die diesen Namen verdient. In buchstäblich allen gesellschaftlichen Institutionen und ganz besonders in Schulen muss das stattfinden. »Demokratie« ist sonst ein hohles Schlagwort, das alles und nichts meint oder eben nur staubige Administrationsprozesse umschreibt.

Zu oft trifft man in Brandenburg auf das Missverständnis, dass Demokratie die Abwesenheit von Politik sei. Das Vergehen der NPD, so scheint es fast, besteht nicht in ihren nazistischen Inhalten, sondern darin, dass sie es

wagt, Politik in die sonst unschuldige Welt der Schulen zu tragen. Es sollte doch eigentlich nicht schwer sein zu sagen: Alles politische Engagement ist diskutabel und hochwillkommen – nur die Rechten sind wegen ihrer Menschenfeindlichkeit dafür disqualifiziert.

Die JungdemokratInnen/Junge Linke, ein demokratischer Jugendverband, sandte vor einiger Zeit Werbung für seine politischen Jugendbildungsseminare an die Schülervertretungen des Landes. Reihenweise kam das Material zurück, immer mit der Begründung: Nein, so etwas könne man nicht auslegen, das sei nicht neutral, das sei ja politisch. Wohlgemerkt: Die Antworten kamen von SchülervertreterInnen, also aus jener ohnehin hauchdünnen Schicht von Jugendlichen im Land, die sich überhaupt gesellschaftlich engagieren.

### Kaum ziviles Engagement

Mit diesen Beispielen ist angesprochen, woran das Gerede um den Kampf gegen Rechtsextremismus krankt. Die immerfort beschworene Zivilgesellschaft – es gibt sie kaum. Ganz zu schweigen von einer kritischen Öffentlichkeit. Vor Jahren noch wurde Rechtsextremismus tendenziell ignoriert, kleingeredet, beschwiegen. Das hat sich (erfreulicherweise!) geändert. Inzwischen bekennt sich das offizielle Brandenburg dazu, ein Problem zu haben. Und die beruflich Verantwortlichen tun endlich das eigentlich Selbstverständliche. In den Führungsetagen der Polizei hat sich beispielsweise herumgesprochen, dass Anzeigen von Opfern rechter Gewalt ernst genommen werden sollten. Mit der Umsetzung in den unteren Ebenen hapert es zwar, wissen genügend Betroffene zu berichten, die schon mal am Tresen des Polizeireviere ihrer Kleinstadt abgewiesen wurden.



antifaschistisches pressearchiv und bildungszentrum berlin e.v. (apabiz)

lausitzerstr. 10 | 10999 berlin

geöffnet do von 15 bis 19 uhr und nach absprache

fon | fax: 0 30 . 6 11 62 49

mail@apabiz.de  
<http://www.apabiz.de>

konto-nummer: 332 08 00

blz: 100 205 00

bank für sozialwirtschaft

monitor ist nicht im abo erhältlich, aber fördermitglieder bekommen ihn zugeschickt.

Das apabiz e. V. informiert seit 1991 über die extreme Rechte. Unsere Informationen stehen allen Personen und Initiativen zur Verfügung. Umgekehrt sind wir an Euren Einschätzungen und Erfahrungen interessiert. Gerne vereinbaren wir einen Austausch oder nehmen Euch in unsere Mailingliste auf.

Archiv: Für Recherchen halten wir unser Archiv bereit, das eines der größten dieser Art in der BRD ist. Wir verfügen über rechte Publikationen, Videos, CDs u.a.m. Diese Primärquellen werden ergänzt durch eine Datenbank, in der Presseveröffentlichungen seit Anfang der 90er Jahre erfasst sind, eine umfangreiche Präsenzbibliothek, verschiedene Sondersammlungen sowie antifaschistische Publikationen aus ganz Europa und den USA.

Bildung: Unser ReferentInnen-Katalog (siehe [www.apabiz.de](http://www.apabiz.de)) umfasst mehr als 40 Vorträge und Seminare aus diversen Bereichen, für die ReferentInnen bei uns angefordert werden können. Zu bestimmten Themen haben wir ReferentInnen-Koffer erstellt, die die eigenständige Durchführung von Veranstaltungen ermöglichen, oder halten wir Handreichungen bereit.

Publikationen: Ergebnisse unserer Arbeit verwerten wir nicht nur im monitor, sondern auch in Broschüren, Pressemitteilungen, Handreichungen und sonstigen Publikationen. Diese und weitere Materialien findet ihr unter [www.apabiz.de](http://www.apabiz.de).



## Rechtsrock im Wedding

**Berlin** • Am 3. November fand im Stadtbezirk Wedding ein Rechtsrock-Konzert mit den Gruppen PAINFUL AWAKENING (Mecklenburg-Vorpommern), BURN DOWN (Brandenburg bzw. Sachsen), LEGION OF THOR (Berlin), BLITZKRIEG (Chemnitz) und D.S.T. (Berlin) statt. LEGION OF THOR und D.S.T. hatten bereits im vergangenen Jahr im Wedding gespielt.

Die Band D.S.T., die mittlerweile unter dem Kürzel X.x.X. ihre CDs veröffentlicht, war im Jahr 2007 mehrmals Ziel polizeilicher Maßnahmen gewesen. Zuletzt wurde gegen einen Polizeibeamten ein Verfahren wegen des Verdachts auf Mithilfe bei der Herstellung von Tonträgern eingeleitet. Bei dem mittlerweile suspendierten Staatsdiener fanden die Ermittler zahlreiche Kleidungsstücke mit dem Aufdruck D.S.T. bzw. X.x.X. sowie mehrere CDs. ◀

## Braune Sanitäter machen weiter

**Berlin** • Der NATIONALE SANITÄTSDIENST (NSD) führt seit November 2007 die Arbeit des früheren BRAUNEN KREUZES weiter. Auf einer dünnen Internetseite erklärt der NSD, sie hätten es sich »zur Aufgabe gemacht, die medizinische Erst- und Grundversorgung« auf Veranstaltungen und Aufmärschen der rechtsextremen Szene zu übernehmen. Faktisch ist der NSD eine Arbeitsgruppe der NPD. Anmelderin der NSD-Webseite ist die einschlägig bekannte MICHAELA ZANKER. Gegen ihren Lebensgefährten, einen Berliner Polizisten, wird wegen Beihilfe zur Herstellung einer CD der Nazi-band DST ermittelt (siehe obige Meldung).

Eine Umbenennung des BRAUNEN KREUZES war notwendig geworden, weil das Deutsche Rote Kreuz (DRK) gegen den Namen und die Verwendung des verfremdeten Symbols geklagt hatte. Das neue NSD-Logo ▼



Doch das liegt wohl weniger am fehlenden Willen von Oben, muss anerkannt werden.

Im politischen Feld ist daneben ein Gewebe von Initiativen entstanden, die Rechtsextremismus als Problem erkennen und zivilgesellschaftliches Engagement konstituieren sollen. Es reicht von lokalen runden Tischen gegen Rechts, dem *Toleranten Brandenburg* und dem *Aktionsbündnis gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit* bis zu Parteien und Verbänden, die sich in angemessener Frequenz zum Thema äußern. Leider beschränken sich viele dieser Aktivitäten auf die Benennung des Problems und einem in der Essenz recht leeren Bekenntnis zu einer nicht näher benannten Demokratie.

Engagement ist prinzipiell richtig, in dieser Form aber zu staatstragend und zu nahe an der offiziellen Politik, um effektiv gegen Rechts zu wirken. Die gesellschaftlichen Verhältnisse werden affirmiert, Platz für Gesellschaftskritik ist kaum vorhanden. Alles hat schon seine schöndemokratische Ordnung, nur die Nazis stören. Die Brandenburger *Jusos* etwa haben eine Schülerzeitung gegen Rechts aufgelegt, die auch Argumentationshilfen beinhaltet. Wenn Rechts-extreme sagen: »Die Europäische Union gefährdet deutsche Interessen«, solle man entgegnen: »Richtig ist, dass das zusammenwachsende Europa unseren Wohlstand begründet. (...) Die Europäische Union dient somit deutschen Interessen.« Das ist nicht nur stumpfer Standortnationalismus, den die Jusos hier verbreiten. Wichtiger ist: Mit dieser Argumentation wird einer wie auch immer gearteten Kritik an der EU der Mund verboten. Und das im Vorzeichen eines Kampfes für Demokratie und gegen Rechtsextremismus.

Um Missverständnisse zu vermeiden: Vieles von dem, was in Brandenburg gegen Rechts getan wird, ist durchaus richtig und notwendig. Der Kern des Problems liegt eher bei denen, die meist nicht mit an den runden Tischen sitzen: Aktive BürgerInnen, KritikerInnen, AntifaschistInnen. Sie fehlen dort, weil es sie ganz einfach in viel zu geringer Anzahl gibt. Da helfen alle Beschwörungen nichts.

### Analysen wären nötig

Ein erster Schritt, um hier Abhilfe zu schaffen, wäre es, die Initiativenlandschaft gegen Rechtsextremismus in Brandenburg kritisch zu analysieren. Dabei wäre die Verbreitung von rechtsextremem Denken in der Normalbevölkerung zu berücksichtigen: 37 Prozent der EinwohnerInnen des geografisch äußeren Brandenburgs haben eine rechtsextreme Einstellung, in den Berlin-nahen Regionen sind es immer noch 25 Prozent. Neben diesem losen Potenzial existiert eine Gemengelage aus organisierten, teils

gewaltbereiten Rechtsextremen – DVU, NPD, Kameradschaften. Die nichtkritischen Initiativen gegen Rechts leisten hiergegen sicherlich punktuell Gutes. Doch weder verschwinden die Organisierten, noch scheint es zu gelingen, die rechtsextrem denkenden Bevölkerungsschichten zu erreichen. Vielmehr steigen einschlägige Werte. Die Zahlen der rechtsextremen Gewalttaten zum Beispiel, die Spitze des Eisberges also, hat sich in den vergangenen Jahren bei rund 130 eingependelt.

Leider fehlt auch in dem vor einigen Monaten erschienenen Handbuch »Rechtsextremismus in Brandenburg« – für das auch das *apabiz* ein Kapitel beigesteuert hat – eine kritische Bestandsaufnahme. Zwar ist die Beschreibung des Phänomen Rechtsextremismus gelungen. Spannend ist auch, dass sich alle denkbaren Akteure gegen Rechtsextremismus selbst präsentieren dürfen. Es mangelt jedoch an einem unabhängigen Blick von oben auf die Initiativenlandschaft. Viele tun etwas, irgendetwas, man lobt sich selbst und die anderen. Man koordiniert und networkt, sucht nach Synergieeffekte. Doch wer wo versagt, das wird im Buch nicht energisch genug benannt. Etwa, dass es schlicht an demokratischer Kultur mangelt, deren Fehlen dafür sorgt, dass viele rechtsextrem Denkende nicht angesprochen werden können. Solch eine Kultur entsteht aber nur auf der Grundlage schonungsloser Kritik an allen Ecken einer Gesellschaft, von der die benannten 37 und 25 Prozent fester Bestandteil sind.

Salopp ausgedrückt: Wenn die Initiativen alle so effizient wären, wie sie sagen, warum haben wir dann überhaupt noch ein Problem? Durch ihre Staatsnähe, durch ihre relative Lebenslosigkeit, durch ihren zwanghaften Optimismus (»Brandenburg ist tolerant«) können die bestehenden Initiativen Kritik nicht ausreichend befördern. Eine nennenswerte Auseinandersetzung mit dem oft genug skandalösen Umgang Brandenburger Behörden mit Asylsuchenden zum Beispiel? Mangelware. Nachdenken über die Bedeutung des vielgebrauchten Schlagworts »Toleranz« – welches zwar schön preußisch ist, aber eben »dulden« heißt, obwohl »akzeptieren« nötig wäre? Fehlanzeige. Eine funktionierende Zivilgesellschaft muss eine gesunde Distanz zum Staat pflegen und gegebenenfalls den Mut haben, staatliches Vorgehen in Frage zu stellen.

### Spektakel Halbe

Zum guten Ton auf Seiten des staatstragenden Antifaschismus in Brandenburg gehörten in den vergangenen Jahren wortreiche Mobilisierungen gegen die jährliche Nazi-Heldenehrung in Halbe: »Tag der Demokraten«, »Gesicht zeigen«, »Flagge bekennen« lauteten die Parolen und alle



Abgeräumt: Blockade gegen den Nazi-Aufmarsch am 1. September 2007 in Neuruppin.

riefen dazu auf. Aber nur wenige kamen. Im März des vergangenen Jahres wurden zum Beispiel im Vorfeld 1.000 GegendemonstrantInnen erwartet. Es kamen vielleicht 150. Nur einmal, im November 2006, kam in Halbe tatsächlich eine vierstellige Zahl von Menschen zum Protest gegen das Nazi-Spektakel zusammen. Die Anreise in den Bussen wurde für viele TeilnehmerInnen von Sponsoren bezahlt und die Presse jubelte hinterher über viel zu hoch angesetzte Teilnehmerzahlen, teilweise im fünfstelligen Bereich. Warum diese Inszenierung? Wem hilft das? Warum ist in den Zeitungen so viel Platz für die salbungsvollen Willensbekundungen und Aufrufe und so selten für die Feststellung, dass ihnen meistens deutlich zu wenige nachkommen?

Der öffentliche Fokus auf den symbolischen Ort Halbe darf auch nicht vergessen machen, dass sich die Zivilgesellschaft sehr viel schwerer damit tut, der rechtsextremen Alltags- und Erlebniswelt etwas entgegenzusetzen. Der BUNKER 88 beispielsweise, ein von Neonazis betriebener Klub in Lübben, existiert seit Jahren und die Versuche, dagegen anzugehen, sind bislang äußerst bescheiden ausgefallen. Skandalisiert wurde das Treiben im BUNKER 88, wenn überhaupt, nur auf lokaler Ebene.

Im November 2005 blockierten Nazigegner, darunter prominente Politiker, den Aufmarsch der Nazis in Halbe. Endlich einmal gab es zivilen Ungehorsam! Zurecht erhielt die Aktion große Publizität in der Presse. Wenn die Fernsehkameras abgebaut sind, ist der Kampf gegen Rechtsextremismus jedoch weit weniger glamourös. Als im März 2007 AntifaschistInnen die Nazis blockieren wollten, wurden sie in altbekannter Manier von der Polizei weggeräumt, festgehalten, schikaniert. Dazu setzte es deftige Bußgelder. Es kam auch schon vor, dass Antifas auf dem Weg nach Halbe mit ihren Bussen – die sie übrigens selbst bezahlt hatten – von der Polizei gestoppt und stundenlang gefilzt wurden.

Blockierer ist in Brandenburg eben nicht gleich Blockierer. Mit dem richtigen Leumund

ist man einsatzwilliger Demokrat. Oder man ist ein dahergelaufener Politäter, der das demokratisch verbürgte Versammlungsrecht mit Füßen tritt. Bei einer Neonazidemo im September in Neuruppin gingen 800 Menschen aus Protest auf die Straße. Sogar eine Blockade gab es. Ein positives Beispiel. Wäre da nicht Heinz-Joachim Lohmann gewesen, seines Zeichens Chef des landesweiten Aktionsbündnis. Er forderte die Blockierer per Polizei-Megafon auf, ihre Aktion zu beenden – man habe ja bereits genügend Protest gezeigt.

Eine halbe Stunde später und ein paar Straßen weiter setzte die Polizei ganz unvermittelt und ohne Anlass Tränengas gegen NazigegnerInnen ein. Gegenüber einer dabei verletzten Bundestagsabgeordneten äußerte der zuständige Polizeipräsident inzwischen sein Bedauern. Gegenüber dem halben Dutzend weiterer Verletzter wurde kein Bedauern geäußert. Das Aktionsbündnis hat sich nie zur Sache geäußert. Die Verfahren gegen die Polizisten sind längst eingestellt, wegen Geringfügigkeit. So ermuntert man kaum Menschen dazu, weiter gegen Rechts auf die Straße zu gehen.

Die Nazidemo in Halbe hat inzwischen an Bedeutung eingebüßt. Zum Volkstrauertag 2007 sagte der organisierende FREUNDESKREIS HALBE seinen Gedenkaufmarsch das erste Mal seit Jahren ab. Der Demoverzicht hängt wohl vor allem damit zusammen, dass auf administrativer Ebene durch Gesetze und Gerichtsurteile den Rechten der Spaß am Demonstrieren vergällt wurde. Das ist für sich genommen gut, dem nichtstaatlichen Engagement gegen Rechtsextremismus wird darüber jedoch ein schlechtes Zeugnis ausgestellt: Das Vorgehen auf der offiziellen Ebene war schlicht und ergreifend entscheidender als die Gegendemonstrationen.

Toni Peters



▶ sieht nunmehr dem Symbol eines großen deutschen Pharmaherstellers zum Verwechseln ähnlich. Die Firma Hexal prüft daher rechtliche Schritte gegen die braunen Demo-Helfer. ◀

## Razzia bei Kommando Freisler

**Hessen/Niedersachsen** • Am 30. Oktober 2007 wurde das Haus des NPD-Bundesvorstandsmitglieds THORSTEN HEISE in Fretterode durchsucht. Der Betreiber des Rechtsrocklabels WB



RECORDS soll Urheber der CD »Kommando Freisler - Geheime Reichssache« sein, auf der bekannte Schlagler mit rechtsextremen Texten umgedichtet wurden. Ferner soll er für die Nachproduktion der CDs »Sturm 18 - Komm zu uns« und »Landser - White Covers« verantwortlich sein, für deren erste Auflage Heise bereits vor Gericht stand. Neben über 1.000 Tonträgern wurden auch ein Maschinengewehr und eine Maschinenpistole beschlagnahmt. Weiterhin durchsucht wurde die Wohnung des Liedermacherpaars ANETT und MICHAEL MÜLLER im niedersächsischen Bad Lauterberg, die bei der niedersächsischen Landtagswahl für die NPD kandidieren.

Mitte Dezember wurde HEISE wegen des Vertriebs von CDs mit volksverhetzenden Inhalts zu einer Freiheitsstrafe von einem Jahr auf Bewährung, 200 Stunden gemeinnütziger Arbeit sowie 15.000 Euro Geldstrafe verurteilt. ◀

## Heldengedenken in Zivil

**Berlin** • Beim jährlich stattfindenden »Heldengedenken« zum »Volkstrauertag« am Columbiadamm in Berlin durften im Jahr 2007 Bundeswehrangehörige und -reservisten nicht in Uniform teilnehmen. Auf eine Anfrage der Linkspartei war bekannt geworden, dass das Bundeswehr-Standortkommando Berlin eine so lautende Anweisung erlassen hatte. In den Vorjahren waren neben Wehrmachtsveteranen, Rechtsextremen, VertriebenenaktivistInnen ▼



# Zivilgesellschaft von Staates Gnaden

Hintergrund ↻ Auch im Westen Deutschlands treibt die Vorstellung, was Kampf gegen Rechts sein sollte, zuweilen seltsame Blüten. Ein kurzer Blick ins Bundesland Hessen

► und Burschenschaftlern immer wieder Bundeswehrsoldaten in Uniform vor Ort, um geschichtsklitternd den »Gefallenen« der Weltkriege zu gedenken.

Insgesamt nahmen an der Veranstaltung diesmal rund 50 Personen teil. Gleichzeitig protestierten linke Gruppen gegen Geschichtsrevisionismus.

Am Vorabend hatten bereits etwa 400 AntifaschistInnen gegen das »Heldengedenken« von rund 100 Neonazis am Kapitulationsmuseum Berlin-Karlshorst demonstriert. ◀

## 600 Nazis bei Aufmarsch in Berlin-Rudow

**Berlin** • Am 1. Dezember marschierten etwa 600 Neonazis »für ein nationales Jugendzentrum« in den Bezirken Rudow und Britz. Die Veran-



staltung, die nunmehr das fünfte Jahr in Folge stattfand, wird von FREIEN KAMERADSCHAFTEN organisiert. Anmelder war der parteifreie Neonazi SEBASTIAN SCHMIDTKE. Als Redner trat u. a. NPD-Chef UDO VOIGT auf.

Bei der Anreise wurden mehrere Rechte von AntifaschistInnen angegriffen, nach Polizeiangaben gab es dabei fünf Verletzte. An einer Gegenkundgebung beteiligten sich etwa 400 Menschen. Zusätzlich waren mehrere hundert Antifas unterwegs und versuchten, den Aufmarsch der Neonazis durch Blockaden zu verhindern. In Nazi-Internetforen wird der Aufmarsch selten als Erfolg gewertet. Heiß diskutiert wird stattdessen mal wieder die Frage des »Schwarzen Blocks« und das Kopieren des Antifa-Stils. Letzteres habe bei Prügeleien im Vorfeld zu Verwirrungen geführt. ◀

## Möln jährt sich zum 15. Mal

**Möln** • Am 23. November jährt sich zum 15. Mal der neonazistische Brandanschlag auf ein von AusländerInnen bewohntes Haus in Möln, bei dem 1992 zwei türkische Mädchen und eine türkische Frau ums ▼

Viele Menschen nutzen Bildungsveranstaltungen nicht nur, um sich zu informieren und Gegenstrategien zu diskutieren. Oft will Mann oder Frau auch etwas loswerden. Über 30 Veranstaltungen hat das *apabiz* im Jahr 2007 alleine im Bundesland Hessen durchgeführt und was die Menschen dort an eigenen Alltagserfahrungen berichteten, darüber ließe sich ein ganzer Ordner füllen: auf der Kirmes von Neonazis »auf die Presse gekriegt«, ein Migrant wird am Rande des Stadtfestes von Neonazis zusammengeschlagen, Bedrohung durch Neonazis vor der eigenen Wohnung, Jagd auf Punks in der Innenstadt, Schmierereien hier und dort und vieles mehr.

### Ministeriale Sichtweisen

Die Häufigkeit, mit der über derartige Vorfälle berichtet wird, verwirrt. Denn Hessen, das verkündet Innenminister Volker Bouffier bei jeder sich bietenden Gelegenheit, habe bundesweit die niedrigsten Zahlen rechtsextremer Straftaten. Wie frisiert dieses ministeriale Zahlenwerk ist, mag man angesichts der uns zuge tragenen Vorfälle nur im Ungefähren erahnen. Nichts sagen, nichts zugeben – das ist die hinreichend bekannte hessische Linie bezüglich Neonazis.

Dass man damit zur Stärkung neonazistischer Strukturen beiträgt, wird billigend in Kauf genommen. Ein aktuelles Beispiel: Seit über zwei Jahren finden Versammlungen und Liederabende der NPD und der FREIEN NATIONALISTEN in einem Vereinsheim auf einem kaum einsehbaren Kleingartengelände im Frankfurter Stadtteil Rödelheim statt. Bereits am 25. Februar 2005 wurde ein Liederabend mit über 100 Neonazis zu später Stunde von einem Großaufgebot der Polizei aufgelöst, doch gab es nachfolgend weder eine Presseinformation, noch wurde beispielsweise der Ortsbeirat darüber in Kenntnis gesetzt. Denn wenn es offiziell keine Neonazis in Frankfurt gibt, dann kann man auch keine Treffen von 100 Neonazis eingestehen.

Hätte die Öffentlichkeit wenigstens im Nachhinein davon erfahren, so wäre es ein Leichtes gewesen, dafür zu sorgen, dass die Neonazis auf die Räumlichkeit nie mehr hätten zurückgreifen können. Doch da man nichts wusste, konnten die Neonazis das Vereinsheim

ein ums andere mal nutzen und darüber ihre Strukturen festigen.

### Verpolizeilichung der Zivilgesellschaft?

Vor diesem Hintergrund soll nun ein »Beratungsnetzwerk Hessen: Mobile Intervention gegen Rechtsextremismus« aufgebaut werden, finanziert aus den Töpfen der neuen Förderprogramme. Der Beitrag Hessens zur Stärkung der Zivilgesellschaften sieht dabei vor, bereits bestehende antifaschistische Projekte unter der Leitung des Landes-Vorzeigeprojekts IKARUS (Informations- und Kompetenzzentrum – Aufstiegshilfen Rechtsextremismus) zu bündeln. Da IKARUS vom Landeskriminalamt und dem Hessischen Kulturministerium koordiniert wird, würde dies bedeuten, dass sich die antifaschistischen Initiativen nun Polizei und Ministerium unterstellen. Eine wahrhaft absurde Vorstellung. Dass so eine unabhängige Informations- und Bildungsarbeit möglich sein wird, dass es überhaupt möglich wäre, einen extrem rechten Übergriff als solchen zu benennen, scheint beinahe ausgeschlossen. Vielmehr spiegelt sich in diesem Plan der Versuch der Landesregierung wieder, die Deutungshoheit über den Begriff Rechtsextremismus zu behalten und »antifaschistische Konkurrenz« mit wenig Geld zu korrumpieren.

### Fazit

Dass eine Zivilgesellschaft außerhalb staatlicher Institutionen steht, dass sie unabhängig sein muss und dass es eine ihrer vorherrschenden Aufgaben ist, die »offizielle« Politik kritisch zu betrachten und zu korrigieren, ist im hessischen Konzept nicht vorgesehen. Deshalb lässt sich heute schon voraussagen, dass der staatlich dirigierte Aufbau einer Zivilgesellschaft in Hessen vielerorts zur Farce verkommen wird. Denn im etatistischen Staatsverständnis eines Roland Koch und eines Volker Bouffier ist kein Platz für zivilgesellschaftliche Strukturen, die diesen Namen überhaupt verdienen. Das bedeutet, dass es für uns und andere antifaschistische Initiativen auch im nächsten Jahr viel Arbeit in Hessen geben wird – zum einen im Kampf gegen den Aufbau extrem rechter Strukturen, zum anderen als kritische Stimme gegen die staatliche Zahlenakrobatik und Schönredeerei.

Michael Weiss



# »Wir brauchen ... Eure Hilfe«

Bericht ➔ Rechtsextreme Gewalt in Russland eskaliert weiter



**Über die erschreckende Brutalität der neofaschistischen Gewalt in Russland haben wir in den vergangenen Jahren immer wieder im monitor berichtet. Die jüngst veröffentlichten Zahlen des Moskauer SOVA-Center bestätigen den Ernst der Lage erneut. Höchste Zeit für das internationale Netzwerk Antifa-Net, Solidarität für die Antifaschistinnen und Antifaschisten in Russland zu mobilisieren.**

Der Statistik des SOVA-Center<sup>1</sup> zufolge wurden bis Ende November mindestens 546

Personen angegriffen und 57 Personen getötet. Die Zentren rassistischer Gewalt sind Moskau (34 Morde, 180 Verletzte), St. Petersburg (5 Morde, 92 Verletzte) und Nischni Nowgorod (1 Mord, 36 Verletzte). Damit wurden in den letzten zweieinhalb Jahren mindestens 122 Menschen Opfer der Nazi-Gewalt.<sup>2</sup>

Die Dimension der Gewalt ist für viele außerhalb Russlands eine Horrorvision. Die Reaktion von Staat und Gesellschaft jedoch kommen uns sehr bekannt vor. Eine Vorstellung davon, was es in dieser Situation bedeutet, sich zur Wehr zu setzen, liefert Bruno Garmson, Aktivist aus St. Petersburg. Er schreibt: »Die Entscheidung für einen echten Antifaschismus, der den Nationalismus herausfordert und den Nazismus niederstreckt, ist riskant. Solch ‚regimekritisches‘ Verhalten bedeutet, als ‚verdächtige Opposition‘ der Politik Präsident Putins und des Staates angesehen zu werden und – durch die Definition als ‚Extremist‘ – mit den Nazis in einen Sack gesteckt zu werden. Dem Faschismus offen entgegenzutreten, bedeutet, von den gewalttätigen

Nazigangs aufs Korn genommen zu werden, die am helllichten Tag auf der Suche nach Opfern durch Straßen der russischen Städte patrouillieren.«

Folglich sind es in jüngster Zeit signifikant viele junge Antifaschistinnen und Antifaschisten, die unter den Verletzten zu finden sind. Die Strafverfolgung der Täter ist halbherzig: »Das Ergebnis der Verfahren gegen Nazi-Mörder ist häufig durch die Anklagepunkte der Staatsanwaltschaft vorherbestimmt; meist sind es dieselben: ‚Rowdytum‘ (gewalttätige Störung der öffentlichen Ordnung) oder ‚Beihilfe zum Rowdytum‘.« Einen politischen Druck auf die Staatsanwaltschaft, die Gesetze gegen rassistische Verbrechen zur Anwendung zu bringen, gibt es nicht. Schließlich mangelt es auch an Druck seitens der AntifaschistInnen, die – aufgrund des Fehlens einer tief verwurzelten demokratischen Kultur in Russland – in die Untersuchungen und Gerichtsverfahren kaum einbezogen werden.

## Kapitulation als Alternative

Bruno Garmson schreibt weiter: »Jetzt tritt eine neue Generation junger AntifaschistInnen auf den Plan, die sich den Nazis in den Gerichten und auf den Straßen entgegenstellt. Ihre Kämpfe sind unbedingt notwendig – die Alternative wäre Kapitulation – aber teuer.« Es kostet viel Geld, an den Gerichtsverfahren teilzunehmen, selbst wenn die Rechtsanwälte kein Honorar verlangen. Es gibt in Russland keine großen Gewerkschaften, Arbeiterbewegungen oder langjährige antirassistische Strukturen mit demokratischer, antifaschistischer Tradition, an die man sich mit der Bitte um Hilfe wenden könnte. »Daher sind wir auf uns allein angewiesen und auf die internationale antifaschistische Bewegung. Die Unterstützung durch unser Brüder und Schwestern, GenossInnen und FreundInnen im Ausland ist überlebenswichtiger und wertvoller denn je.«

Ulli Jentsch

► Leben gekommen waren. Aus diesem Anlass fand am 24. November eine von der *Antifa Herzogtum Lauburg* organisierte Demonstration unter dem Motto »Kein Vergeben, kein Vergessen« statt, bei etwa 200 AntifaschistInnen lautstark durch die Stadt zogen und ein alles andere als alltägliches Bild boten. Die Teilnehmenden mahnten nicht nur zur Erinnerung an die Tat und wiesen auf die nach wie vor aktive und aggressive neonazistische Szene der Region hin. Es wurden auch explizit sowohl die Untätigkeit der LokalpolitikerInnen im Kampf gegen den Rechtsextremismus, wie auch das rassistische Verhalten bzw. die Gleichgültigkeit und Verlogenheit von Teilen der deutschen Mehrheitsgesellschaft in der Region kritisiert. Unmut und Unverständnis rief die Tatsache hervor, dass wenige Wochen vor dem Jahrestag des Brandanschlags der Haupttäter, MICHAEL PETERS, wie auch schon im Jahr 2000 der Mittäter, LARS CHRISTIANSEN, vorzeitig aus der Haft entlassen worden waren. ◀

## Jede Woche eine antisemitische Friedhofsschändung

**Bundesweit** • Erstmals hat die Bundesregierung eine Bilanz der in Deutschland verübten Schändungen jüdischer Friedhöfe veröffentlicht. In einer Antwort auf eine Anfrage von Petra Pau (Die Linke) werden 237 Angriffe auf jüdische Friedhöfe in den letzten fünf Jahren vermerkt. Die Zahlen im Einzelnen: 2002: 60, 2003: 55, 2004: 35, 2005: 48, 2006: 39. Das Bundesinnenministerium verweist allerdings in seiner Antwort auch darauf, dass ein gesondertes Kriterium wie »politisch motivierte Friedhofsschändung mit antisemitischem Hintergrund« nicht erfasst wird. Deswegen handelt es sich bei den aufgeführten Fällen sowohl um Störungen der Totenruhe als auch um Sachbeschädigungen. In den vom *apabiz* erstellten Chronologien antisemitischer Angriffe, die bundesweite Presseberichte auswertet, sind ▼



## Spenden-Möglichkeiten

A. Hoffmann  
Kto.-Nr.: 408352201  
BLZ: 200 100 20  
Postbank Hamburg  
Stichwort: Enough/Russland  
(unbedingt angeben!)

Russian Human Rights Solidarity Campaign  
Branch Sort Code: 40-04-36  
Konto-Nr.: 41 28 44 79  
IBAN: GB76MIDL40033641284479  
SWIFT CODE: MIDLGB22

per PayPal über die Website von *Searchlight*,  
<http://www.searchlightmagazine.com>

1) SOVA ist Russlands führendes unabhängiges Dokumentations- und Analysezentrum im Bereich Menschenrechtsverletzungen. Die Analysen sind auch in Englisch verfügbar unter <http://zeno.sova-center.ru>.

2) Diese Zahl erreichte das wiedervereinigte Deutschland nach über zwölf Jahren.



# Unlautere Werbung

## Bericht Der rechte Arndt-Verlag verschickt ungefragt seine geschichtsklitternde Literatur – inklusive Rechnung

► jährlich nur etwa die Hälfte dieser Fälle aufgelistet. Mehr Details zu den Fällen enthält die Antwort der Landesregierung Baden-Württemberg auf eine Anfrage der Grünen. Dort werden landesweit 51 Fälle von Schändungen seit dem 1. Januar 1997 nach Datum und Ort aufgeführt. Von diesen Fällen wurden drei aufgeklärt. ◀

### Nazis im Netz keine Gefahr?

**Berlin** • Am 22. November 2007 gab die Bundesregierung Antwort auf die Kleine Anfrage »Rechtsextremismus und neue Medien« der Bundestagsfraktion Die Linke. Leider wurden nur die wenigsten der insgesamt 61 Fragen aussagekräftig beantwortet. So wurden beispielsweise auf die Frage nach einer Aufschlüsselung rechter Internetseiten nach Art, Ausrichtung und regionaler Herkunft nur ca. 1000 Internetseiten aller Art aufgelistet. Etwas genauer wurde die Bundesregierung bei den Fragen zur Anzahl rechter Newsletter und deutschsprachiger Internetradios, die mit 100 bzw. zwölf angegeben wurden. Bei der Bekämpfung von rechten Internetseiten setzt die Bundesregierung vor allem auf Projekte zur Jugendaufklärung und (internationale) Meldehotlines. Hierbei wird deutlich, dass die Problematik vor allem als ein Jugendproblem wahrgenommen wird. Das Projekt [jugendschutz.net](http://jugendschutz.net) etwa geht demgegenüber von einer deutlichen Steigerung vor allem der Internetseiten von rechten Parteien und Kameradschaften aus. ◀

### Freispruch für Antifa

**Berlin** • Am 13. Dezember 2007 ist Matthias Z. nach drei Verhandlungstagen vom Amtsgericht Tiergarten freigesprochen worden. Dem Antifaschisten konnte nicht nachgewiesen werden, an einer Auseinandersetzung mit den Neonazis STEFANIE PIEHL und SEBASTIAN ZEHLECKE am 29. November 2006 auf dem Bahnhof Lichtenberg beteiligt gewesen zu sein. Das Verfahren war ins Rollen gekommen, nachdem PIEHL dem LKA ein Anti-Antifa-Foto von Matthias Z. vorgelegt hatte. Daraufhin war der engagierte Antifaschist am 12. November festgenommen und seine Wohnung durchsucht worden. Aufgrund der Aussagen der beiden ▼

Ein großformatiger Bildband flatterte kürzlich dem Berliner Mediengestalter Klaus-Uwe Mecklenburg ins Haus. »Frontsoldat Hitler – Der Freiwillige des ersten Weltkrieges«, so der Titel des Buches aus dem extrem rechten ARNDT VERLAG, welcher in Kiel ansässig ist. Eine Rechnung lag gleich bei: »Bei Gefallen an dieser unverbindlichen Ansichtssendung bitten wir Sie höflichst um Begleichung«. Mecklenburg ist empört – er hat mit Rechtsextremismus nichts am Hut und fühlt sich von der Propagandasendung belästigt. Nie hatte er zuvor vom ARNDT-VERLAG gehört, geschweige denn um die Zusendung von Material gebeten.

Der Mediengestalter rief beim ARNDT-VERLAG an. Dort entschuldigte man sich jedoch nicht etwa. Auch woher der Verlag die Adresse hatte, wurde Mecklenburg trotz Nachfrage nicht verraten. Ein paar Tage später kam lediglich ein lapidar formulierter Brief mit einer Portomarkte an – Mecklenburg könne das Buch ja zurückschicken, wenn er es nicht behalten wolle. In diversen Internetforen beklagen sich indes etliche weitere Menschen über den ARNDT-VERLAG. Auch sie, so schreiben die Betroffenen, haben Bücher ähnlichen Inhalts (»Hitlers Berghof«) ungefragt zugesandt bekommen und fühlen sich belästigt.

Aus der Sicht von VerbraucherschützerInnen ist die Werbepaxis des ARNDT-VERLAGES höchst problematisch. »Es handelt sich im eine unbestellte Warenlieferung. Das ist eindeutig eine unlautere Methode. So etwas ist nicht nur eine unangemessene Belästigung sondern auch wettbewerbswidrig«, sagte Ronny Jahn, Jurist bei der Verbraucherzentrale Berlin, auf Nachfrage des *apabiz*. Besonders heikel: Die Rechnung suggeriere dem Empfänger, dass er tätig werden müsse. Bis zu einer Gesetzesänderung im Jahr 2000 seien solche zweifelhaften Werbemethoden im Verlagswesen durchaus verbreitet gewesen, so Jahn. Inzwischen sei diese Praxis aber kaum noch anzutreffen. Die Verbraucherzentrale wird der LESEN UND SCHENKEN GMBH, dem Auslieferer des ARNDT-VERLAGES, eine Abmahnung zusenden, kündigte Jahn an.

Der ARNDT-VERLAG und die LESEN UND SCHENKEN GMBH gehören zum rechtsextremen Verlagsnetzwerk von DIETMAR MUNIER (Jahrgang 1954), dessen Publikationen sich vor allem dem Geschichtsrevisionismus und Vertriebenenthemen widmen. Munier, der seit Jahrzehnten der rechtsextremen Szene verbunden ist, engagierte sich in der Vergangenheit unter anderem für die JUNGEN NATIONALDEMOKRATEN und den BUND VOLKSTREUER JUGEND. **Toni Peters**

In dieser Rubrik stellen wir jeweils einen Vortrag, Workshop oder ein Seminar aus unserem Bildungsprogramm vor. Den kompletten ReferentInnen-Katalog gibt es unter [www.apabiz.de](http://www.apabiz.de).

**bildung en detail** Vortrag zu Brandenburg schon 20 Mal gehalten

## Rechtsextremismus im Land Brandenburg

Brandenburg gehört zu den Bundesländern mit den meisten rechtsextrem motivierten Gewalttaten in Deutschland. Trotz des medienwirksam aufbereiteten Vorgehens von Polizei und Justiz gegen die Szene floriert der rechte Lifestyle.

Die NPD baut ihre Strukturen kontinuierlich aus, militante Neonazi-Kameradschaften treiben in zahlreichen Ortschaften ihr Unwesen und unter vielen Jugendlichen ist Rechtsrock akzeptierter Bestandteil der CD-Sammlungen. Die DVU schließlich trägt dumpfe Stammtischparolen bis in den Landtag, wo sie vertreten ist.

Der Vortrag »Rechtsextremismus in Brandenburg« aus dem Bildungsprogramm des *apabiz* bietet Reflexionen darüber, wo Rechtsextremismus anfängt, wie er sich in Brandenburg äußert sowie Fakten über den Grad rechtsextremer Organisation und der Verbreitung rechter Ideen in der Bevölkerung. Ein Schwerpunkt ist die Vorstellung rechter Strategien anhand jeweils aktueller Beispiele. Innerhalb von rund zweieinhalb Jahren wurde der Vortrag schon etwa 20 mal im gesamten Land Brandenburg gehalten und stetig erweitert. Die ReferentInnen sind MitarbeiterInnen des *apabiz*. ◀



# Mythos Odessa

Rezension ➞ Schneppen, Heinz: »Odessa und das Vierte Reich – Mythen der Zeitgeschichte«. Metropol-Verlag, Berlin 2007. 279 Seiten, 19,00 Euro.

Sie war nicht nur Gegenstand von Kriminal- und Spionageromanen, sondern galt auch in der seriösen Forschung als Bezugspunkt: ODESSA. Ein angebliches Netzwerk alter Nazis, welches über Jahrzehnte Kriegsverbrecher vor dem Zugriff der Justiz bewahrte und ihnen in lateinamerikanischen Ländern ein auskömmliches Exil verschaffte. Die Realität war banaler, wie eine neue Studie zeigt.

## Die Entstehung eines Mythos

Dass alte Nazis über Jahrzehnte ein Netzwerk zur Unterstützung alter Kameraden aufrecht hielten, war nicht nur ein Fall für das Genre von Spionageromanen wie jenem von Frederick Forsythe. Auch Historiker, Journalisten und Holocaustüberlebende waren sich in der Annahme der Existenz eines weltweiten Netzwerkes lange einig. Es sprach auch einiges für diese Annahme. Die Tatsache, dass sich eine Vielzahl auch hoher NS-Funktionäre nach Argentinien oder in den Nahen Osten abzusetzen vermochte ebenso, wie dass die Täter in ihren Exilländern eine zumeist neue Identität und ein ökonomisches Auskommen fanden.

Doch die Quellenlage, welche eine Existenz einer Organisation ODESSA belegt, ist dürrt. Sie besteht zu einem nicht geringen Teil aus interpretierten Sekundärquellen, die ihre Authentizität von den sie zitierenden Autoren, wie etwa Simon Wiesenthal, bezogen. Kern der Erzählung in allen ihren Varianten ist eine sogenannte »Straßburger Konferenz« im Jahr 1944, auf welcher eine Reihe hochrangiger Nazis die Verschiebung von Geldern und ihre Nachkriegskarrieren geplant haben sollen.

## Persönliche Kontakte statt Spinnennetz

Der Autor des Bandes, der ehemalige Botschafter der Bundesrepublik in Tansania, verweist diese Geschichte ins Reich der Mythen. Mit einer akribischen Quellenrecherche und -kritik macht Schneppen die Entstehung des Mythos Odessa transparent. Diese reicht bis in einen Bericht des amerikanischen Geheimdienstes OSS aus dem besetzten Deutschland des Jahres 1946 zurück, um anschließend so verschiedene Adepten wie die Stasi oder jüdische Organisationen zu finden. Dabei geht es dem Autor gar nicht darum, in Zweifel zu ziehen, dass sowohl die katholische Kirche als auch das Rote Kreuz einer Vielzahl von NS-Tätern

zur Flucht verhalfen. Doch kann er schlüssig darlegen, das es sich bei den verschiedenen Strängen des ODESSA-Narratives um eine unzulässige Verknüpfung voneinander unabhängiger historischer Vorgänge handelt, wie Fluchthilfe für Nazis und ihre Integration in die Exilländer.

Letztlich kam der Kirche in diesem Falle eine größere Bedeutung zu als den alten Nazis. Ein entscheidendes Argument Schneppens gegen das angeblich weitverzweigte und strategisch agierende Spinnennetz der Odessa besteht darin, dass den meisten Nazis Fluchthilfe eher aufgrund persönlicher Kontakte und auch nur in Etappen gewährt wurde.

Im zweiten Teil des Buches geht der Autor den Nachkriegsbiographien jener Nazis nach, die namentlich in Argentinien Zuflucht fanden. Exemplarisch zeigt der Fall EICHMANN, dass dieser bei seiner Flucht mitnichten auf ein perfektes Netzwerk à la ODESSA zurückgreifen konnte.

Der Autor verzichtet, anders als die meisten ODESSA-Verfechter, auf einen verschwörerischen Tonfall. Seine Arbeit hat nichts reißerisches. Im Gegenteil. Sie ist eine nüchtern geschriebene Zeitgeschichtsstudie, die stupende die Quellen und Fakten prüft. Gerade dies macht sie so außerordentlich lesenswert. Sie ist zugleich ein Lehrstück über die Entstehung, Fortschreibung und Wirkungsmacht jener politischer Mythen, ohne die im Zeitalter der Extreme keine politische Bewegung auskam.

Christian Grünert

## Das Info-Paket vom apabiz e.v.



Nicht nur für Vereine und Institutionen, sondern für alle, die in den Genuss des gesamten Service des apabiz e.v. kommen möchten, gibt es jetzt unser Info-Paket in den Größen S, M und L:

- je 3/10/20 Exemplare des *monitor* pro Ausgabe
- den ReferentInnen-Katalog inklusive Updates
- zwei Exemplare aller neuen Publikationen des apabiz e.v. (Broschüren, Handreichungen etc.)
- Sonderkonditionen bei Nachbestellungen und Recherche-Anfragen

gibt es für 70 Euro / 100 Euro / 130 Euro im Jahr!

► Neonazis saß er für 101 Tage in Untersuchungshaft und wurde mit dem Vorwurf des versuchten Totschlags konfrontiert. Bereits am zweiten Verhandlungstag des Prozesses wurde der Haftbefehl gegen Matthias Z. nach den Aussagen der beiden Belastungszeugen Piehl und Zehlecke aufgehoben. Im Gegensatz zum LKA schenkte das Gericht den Ausführungen der beiden Neonazis keinen Glauben. ◀

## NPD sucht Druckerei

Offenbach • Auf der Suche nach einer neuen Druckerei für ihre Zeitung DEUTSCHE STIMME hat sich der gleichnamige Verlag der NPD an das Druckereunternehmen voice design gewandt. Der bekannte Neonazi ADRIAN PREISINGER forderte im Namen des Verlages ein Angebot für eine Auflage von 260.000 Stück jährlich an. Das sich links verstehende Unternehmen reagierte nicht nur in aller Deutlichkeit ablehnend gegenüber den potentiellen Neukunden, sondern machte den Vorgang auch öffentlich.

Nachdem in den vergangenen Jahren publik geworden war, dass die NPD ihre Parteizeitschrift im osteuropäischen Ausland drucken lässt, was ihr auch Kritik aus den eigenen Reihen einbrachte, versucht sie nun offenbar wieder, eine deutsche Druckerei für ihre Propaganda zu finden. PREISINGER war in der Vergangenheit vor allem im deutschen und internationalen Geschäft mit Rechtsrockmusik tätig und wurde mehrmals wegen Volksverhetzung verurteilt. ◀

## Mord in Madrid: Proteste trotz Verbots

Madrid • Am 11. November hat ein Neonazi und Berufssoldat im Madrider U-Bahnhof Legazpi den 16-jährigen Carlos Palomino erstochen, der auf dem Weg zu einer Protestkundgebung gegen einen rechtsextremen Aufmarsch war. Die Bewegung gegen die Intoleranz zählt seit Beginn der 1990er Jahre über 70 Tote aufgrund rassistischer und rechter Gewalt in Spanien. Eine für den 24. November angemeldete Demonstration anlässlich des Mordes wurde verboten. Gleichwohl konnten trotz eines massiven Polizeieinsatzes Tausende am Ort des Mordes zusammenkommen und eine Gedenktafel anbringen. ◀



## Abonnieren...

...kann man den *monitor* nicht. Aber wer Fördermitglied des apabiz e.v. wird, der bekommt ihn kostenlos zugeschickt! Spenden und vor allem ein fester Kreis von Fördermitgliedern sind für unsere Arbeit unersetzbar. Sie sichern den Erhalt unseres Projektes unabhängig von öffentlichen Geldern und damit unabhängig von gesellschaftlichen Stimmungen. Die Spenden sind steuerlich absetzbar.

### ► Fördermitglied werden

Ihr spendet uns einen festen monatlichen Betrag, den wir von Eurem Konto abbuchen. Alternativ ist auch die Einrichtung eines Dauerauftrages möglich. Dafür erhaltet Ihr diesen Rundbrief mit unserer internen Beilage, werdet mit Informationen versorgt und bekommt einen Kaffee, wenn Ihr vorbeikommt.

### ► Spenden

Ihr überweist einfach einmalig oder per Dauerauftrag auf unser Konto (s. S. 1). Für die Ausstellung einer Spendenbescheinigung müsst Ihr uns allerdings noch Eure Daten zukommen lassen. Auch Sachspenden sind willkommen.

### ► Fördermitgliedschaft

Hiermit erteile ich dem *apabiz e.V.* eine Einzugsermächtigung über monatlich \_\_\_\_\_ Euro (mind. 5 Euro).

### ► Dauerauftrag/Einmalige Spende

Ich habe zur Unterstützung Eurer Arbeit

- einen Dauerauftrag eingerichtet.  
 einmalig \_\_\_\_\_ Euro überwiesen.

Kontonummer: \_\_\_\_\_

Bank und BLZ: \_\_\_\_\_

Name/Organisation: \_\_\_\_\_

Adresse: \_\_\_\_\_

e-mail: \_\_\_\_\_

Unterschrift: \_\_\_\_\_

- Spendenbescheinigung erwünscht (Fördermitglieder und Dauerspenden erhalten diese einmal jährlich)

# Neu im Archiv

**ffügbar sind. Darüber hinaus werden wir auf bestimmte Sachgebiete hinweisen, zu denen Ihr Sammlungen bei uns finden könnt. Danke an die Verlage.**

- *Willmann, Frank (Hg.): »Stadionpartisanen – Fans und Hooligans in der DDR«. Verlag Neues Leben, Berlin 2007.*

In den 1980er Jahren prägten Ausschreitungen vielerorts das Bild vom Fussball in der DDR. Vor allem in Berlin kam es zunehmend zu Auseinandersetzungen zwischen Fans der verfeindeten Vereine BFC Dynamo und 1. FC Union. Durch zahlreiche Interviews mit langjährigen Fans und Fanbeauftragten der beiden Vereine aber auch mit Sportfunktionären und Vertretern der Sicherheitskräfte wird versucht, sich dem Konflikt unvoreingenommen zu nähern. Trotz der unreflektierten Darstellung rechten Gedankenguts als Anti-DDR-Positionierungen und zahlreicher Wiederholungen von Beschreibungen der Fanszene zeigt das Buch ein Stück interessante (DDR-) Fußballgeschichte.

- *Möller, Matthias: »'ein recht direktes völkchen'? – Mannheim-Schönau und die Darstellung kollektiver Gewalt gegen Flüchtlinge«. Trotzdem Verlag, Frankfurt a. M. 2007.*

Zum 15. Mal jährten sich in diesem Jahr die tagelangen Übergriffe auf die BewohnerInnen einer Asylbewerberunterkunft im Mannheimer Stadtteil Schönau nur wenige Wochen nach den Ereignissen in Rostock-Lichtenhagen. Möller beschreibt ausführlich die Rahmenbedingungen der Ereignisse und die Situation der Flüchtlinge in der westdeutschen Stadt. AnwohnerInnen, Polizei, Behörden und die linke Szene werden in ihren unterschiedlichen Sichtweisen zu den Ausschreitungen dargestellt und beschrieben. Der Autor nutzte für die Erschließung des Materials unter anderen auch den Bestand des *apabiz*.

- *Rutz, Rainer: »Signal – Eine deutsche Auslandsillustrierte als Propagandainstrument im Zweiten Weltkrieg«. Klartext Verlag, Essen 2007.*

Die Zeitschrift SIGNAL erschien seit April 1940 in über 20 Sprachen als Propagandazeitschrift der Wehrmacht und des Auswärtigen Amtes in den verbündeten Staaten des Dritten Reiches, aber auch in zahlreichen neutralen Staaten. Mit einer Auflage von über zwei Millionen war die zweiwöchentliche Zeitschrift eine der wirkungsstärksten Propagandamittel der Wehrmacht. Der überwiegende Teil der ehemaligen SIGNAL-Mitarbeiter fand nach dem Kriegsende neue Betätigungsfelder in der bundesrepublikanischen Presselandschaft. Mit dem über 400 Seiten starken Werk liegt erstmals eine umfassende Arbeit zu dieser wichtigen Zeitschrift vor. Leider kommen die Aktivitäten

der Signal-Mitarbeiter nach 1945 zu kurz und wurde auf ein Personenregister verzichtet.

- *Lynen von Berg, Heinz; Palkos, Kerstin; Steil, Armin: »Interventionsfeld Gemeinwesen – Evaluation zivilgesellschaftlicher Strategien gegen Rechts-extremismus«. Juventa Verlag, Weinheim/München 2007.*

Die MitarbeiterInnen des *Instituts für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung* der Universität Bielefeld legen mit dieser Veröffentlichung ihren Evaluationsbericht des CIVITAS-Programm des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend für die Jahre 2002 bis zum Ende des Programm im Jahre 2006 vor. *Mobile Beratungsteams, Netzwerkstellen und Opferberatungsstellen* werden als Strukturprojekte und zentrale Elemente des Programms einer umfassenden Beschreibung und Analyse unterzogen. Anhand von drei beispielhaften Kommunen wird auch die praktische Arbeit der Strukturprojekte und deren Auswirkungen beschrieben.

- *Dornbusch, Christian; Virchow, Fabian (Hg.): »88 Fragen und Antworten zur NPD. Weltanschauung, Strategie und Auftreten einer Rechtspartei – und was Demokraten dagegen tun können«. Wochenschau Verlag, Schwalbach 2008.*

Unter einem launigen Titel erscheint dieser Tage ein neues Sammelwerk, das DemokratInnen zeigt, was man gegen die NPD tun kann. Die Herausgeber haben eine illustre Riege von AutorInnen versammelt, die auf 300 Seiten Rede und Antwort stehen. Unterteilt in zwölf Kapitel, wie beispielsweise Weltanschauung, Strategie, Führungspersonal, Infrastruktur oder eben »Der NPD entgegenzutreten«, verdeutlichen 45 (!) VertreterInnen aus Wissenschaft, Journalismus und Praxis – darunter zwei aus dem *apabiz* –, was aktueller Stand der Auseinandersetzung ist. Die LeserInnen können sich leicht an den Kapiteln sowie den eindeutigen Fragestellungen orientieren: »Wie versucht die NPD Jugendliche anzusprechen?«, »Wie ist das Verhältnis der NPD zur Gewalt?«, »Wer finanziert die NPD?«, um nur drei Beispiele zu nennen. Analytische und sprachliche Unterschiede wurden von den beiden Herausgebern bewusst nicht geglättet, um die verschiedenen Ansätze der AutorInnen erkennbar bleiben zu lassen.

Der Sammelband hat aufgrund des umfassenden Wissens und der analytischen Tiefe der individuellen Beiträge alles, um ein dauerhaftes und hilfreiches Nachschlagewerk für alle Akteure im Kampf gegen die neonazistische Partei zu sein.